

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsdienstleistungen beim Amtsgericht und der Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1528  
Blattzahl: Riesa Nr. 52.

Nr. 24.

Dienstag, 29. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2.20 M., einschl. Bringerlohn. Für den Rest des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausganges sind bis 4 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Lager eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtbeteiligte Anzeigerbeiträge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Macdonald — der Diplomat.

Der Herausgeber des „Quotidien“ hat den neuen englischen Ministerpräsidenten aufgefragt. Was Macdonald sage, zeugt von der anerkanntesten Offenheit, die auf dem glatten Parquet der Diplomatie leider nicht üblich ist, wenn auch der englische Premier beides mühte: klug zu reden und was klug, klug zu schweigen. Dieses Schweigen mag der neugierige Franzose besonders empfunden haben, als er die Frage vorlegte, ob auch der englische Arbeiterführer das Vertrauen teile, das in England gegen Frankreich besteht. Macdonald beschränkte sich auf die Konstatierung der Tatsache, er erhofft aber eine Besserung der im Grunde doch freundschaftlichen Beziehungen durch offene Erklärungen. An solchen hat es in den englisch-französischen Beziehungen bisher von Zeit zu Zeit nicht gefehlt. Aber Macdonalds Neuherungen sind doch aus anderem Holz, sie sind konkret und weisen deutlich auf jene Dinge hin, welche das Vertrauen Englands begründen, deren Beseitigung also die Voraussetzung für die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen bildet.

Was Macdonald beanstandete ist die französische Art, eine Lösung des Reparationsproblems zu versuchen, und die Verkennung des Zusammenhanges des Völkerbundes. Der englische Ministerpräsident sprach beinahe offen genug aus, daß die Forderung jeder Lösung des Reparationsproblems hindere und eine wirtschaftliche Dummheit sei, welche die Befestigung Europas unmöglich macht. Was Frankreich die Sicherung nennt, ist nach Macdonalds trefflichem Urteil tatsächlich nichts anderes als die Vorbereitung eines neuen Krieges, eine latente Kriegsgefahr. Ebenso eindeutig ist die Stellung des neuen Mannes in England gegen den Separatismus: in der Unterfertigung der separatistischen Bewegung durch Frankreich erblickt er eine Verletzung des Vertrages von Versailles; deshalb wird England niemals eine auf solche Weise entstandene Autonomie anerkennen. England hält also in seiner Stellung gegen den Separatismus an seiner bisherigen Politik fest, welche durch ihr aktives Eingreifen den ersten Dornenbüschel bereits zum Scheitern brachte. Wenn Macdonald nun krenge die Linie dieser Politik einhält, so kann das nur im Interesse der Lösung des Reparationsproblems und der Befestigung Europas liegen. Bemerkenswert ist, daß er einer Erweiterung der Vollmachten der Sachverständigen auf deren Wunsch zustimmen bereit ist. Es ist denkbar und wird notwendig werden, die Tätigkeit des Sachverständigenausschusses über das reine Gutachtenniveau zu erheben, da sonst die Gefahr besteht, daß ein großer Aufwand unnütz verlan würde, wenn die Meiste sich gegen die bessere Einsicht verschließt und sich hinwegsetzt über die Gutachten der Sachverständigen.

Im übrigen bedeuten Macdonalds Erklärungen eine glatte Abgabe an den Militarismus Frankreichs, dessen wahlweise Nützlichkeitspolitik im eigenen Lande und bei den durch das Diktat von Versailles neugeschaffenen Staaten alles andere bedeutet als Sicherheit und Befriedung. Das Mittel, aber einer Neuorganisation bedarf. Diese muß vor allem damit anfangen, daß der Völkerbund ein Werkzeug gewisser großer Länder wird, die sich eine Klientel kleiner Nationen gesichert haben; weiter müsse die bedingungslose Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund verlangt werden. Man wird in Deutschland das Verständnis anerkennen und die Verantwortlichkeit, mit der der englische Ministerpräsident den deutschen Verhältnissen gegenübersteht. Aber daß der Völkerbund jemals die Bedeutung erlangen werde, die er erhofft, muß man selbst beim größten Optimismus bezweifeln. Ganz abgesehen von der geschichtlichen Erfahrungstatsache, daß alle Versuche, die Befriedung der Welt durch eine Liga einzelner Völker oder ganzer Nationen, bisher mehr oder minder schlagelungen sind, ist der Völkerbund in seiner heutigen Verfassung, in der er nur das die Vollziehung des Versailles-Vertrages in letzter Linie deckende Instrument sein soll und ist, kein Instrument des Friedens; deshalb wäre die Reorganisation für den Beitritt Deutschlands, wenn dieser überhaupt in Frage kommt, die erste Voraussetzung.

Wie sich auf dieser Linie das Zusammenarbeiten der beiden Ministerpräsidenten in London und Paris gestalten wird, bleibt abzuwarten. Vom deutschen Standpunkt aus wäre es nur zu wünschen, daß Poincaré in die Lage versetzt wird und Gelegenheit bekommt, sich mit Macdonald darüber auseinanderzusetzen. Jedenfalls ist der letztere der ehrlichere und geradere, der sich deshalb auch besonders befähigt und berufen halten kann, ein großes Reformwerk durchzuführen, dessen Programm er selbst in den Satz gefaßt hat: „Ich habe die feste Überzeugung, daß wir alle eine neue Politik für unsere internationalen Beziehungen einleiten müssen, eine Politik der Vernunft und der Ehrlichkeit. Wir müssen den Mut haben, uns von den Vorurteilen und den Spitzfindigkeiten der alten Diplomatie loszumachen.“ Ein großes Programm und eine Herkulesaufgabe! Ob Macdonald dessen Durchführung erlebt, sei dahingestellt! Er ist Sozialist, wenn man auch sagt, daß er nicht Sozialist im deutschen Sinne sei. Aber in Macdonalds Programm spielt doch der Gedanke der Internationalität eine große, wie es scheint, die ausschlaggebende Rolle. Er selbst hat es als seine Aufgabe bezeichnet, die Konkurrenz des Weltkrieges zu liquidieren. In dieser Konkurrenzmasse befindet sich auch der Völkerbund. In dieser Konkurrenzmasse befindet sich auch der Völkerbund. In dieser Konkurrenzmasse befindet sich auch der Völkerbund.

Jedenfalls hat sich der englische Ministerpräsident zum- noch über den englischen und schweizerischen Pariser Kollegen erhoben, dem er mit Recht mangelndes Verständnis für die höheren Interessen Europas und für die besonderen Interessen Englands vorwirft, wie aus den Neuherungen Macdonalds überhaupt dieses Verständnis für die Belange der Zeit und für die Lage wie für die Stimmung in Deutschland wird. Es ist nur zu wünschen, daß er nun auch mit

derselben eisernen Festigkeit sein Programm zur Durchführung zu bringen sucht, die Poincaré eignet. Dann muß und wird der Tag kommen, an dem die französische Deputiertenkammer nicht nur über ein Vertrauensvotum für Poincaré abstimmen, sondern zwischen diesem und Macdonald direkt zu entscheiden haben wird. Das Macdonalds Programm dem belgischen Außenminister zu einem plötzlichen Besuche Poincarés Veranlassung gab, sagt genug. Frankreich händeln bereit. Aber sie glauben, an dem Vänderepolitik und Belgien sehen die Gefahren; sie sind zu einigen Anse- festhalten zu müssen. Bei England liegt die Entscheidung.

## Die Unterredung Poincarés mit Jaspars.

Einklinken in der Valsfrage.

Die Zusammenkunft Jaspars mit Poincaré wird sowohl von französischer, wie von belgischer Seite nach wie vor von Geheimnissen umgeben, soweit sich imminenz ver- sichert, daß Jaspars, der erst am 3. Februar in Paris ein- treffen sollte, auf besonderen Wunsch Poincarés bereits jetzt aus Brüssel herbeigeführt war. Die Aussprache zwischen den beiden Staatsmännern scheint, wie aus allem hervorgeht, von geradezu entscheidender Wichtigkeit gewesen zu sein. Frankreich und Belgien haben nach Londoner Meldungen von MacKenna folgende Aufschlüsse über die Wünsche und Absichten der Arbeiterregierung erhalten: Mit einschneidenden Veränderungen in der diplomatischen Lage auf Grund einer aktiven Politik Macdonalds dürfte bereits innerhalb der nächsten 14 Tage zu rechnen sein und Poincaré und Jaspars haben unter diesen Umständen es für richtig gehalten, eine gemeinsame Stellungnahme zu veranlassen, ohne daß in- dessen vorgefertigte Beschlüsse gefaßt worden sind. Zur Erörterung wurde gestellt, ob Frankreich und Belgien zweckmäßig die Initiative zu einer allgemeinen Aus- sprache ergreifen sollten. Immerhin haben sich die beiden Regierungen, insbesondere Frankreich, zu einem ersten Zugeständnis an den englischen Standpunkt entschlossen, in der Frage der autonomen Rhein- pfalzabteilung. Die beiden Länder veräch- tigen demnach auf die Ratifizierung der von der provisorischen Regierung in Spaer ge- troffenen Verfügungen. Allerdings bleibt den- seit dem 10. Februar aus der Vals betriebenen Beamten die Rückkehr vorläufig verlan. Im übrigen sind sich Poincaré und Jaspars über eine entgegenkommende Hal- tung gegen die Arbeiterpartei grundsätzlich schärflich ge- worden. Dafür sind auch nachstehende Äußerungen von Bertinax im „Echo de Paris“ bezeichnend: Den führenden Politikern in Paris und Brüssel liegt daran, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen und nichts zu unternehmen, was die öffentliche Meinung reißlos auf die Seite der Arbeiterpartei bringen könnte. Mit anderen Worten: Wir müssen das Belagliche von dem Nebenstehlichen unter- scheiden, und auf das Nebenstehliche verzichten. Von aus- schlaggebender Bedeutung ist nach wie vor die Frage des Vändereffektivs im Rheinlande. In dieser Frage sind wir aber zu zahlreichen Konzeptionen bereit. Alles läßt darauf schließen, daß die französische Regierung auch in der Angelegenheit der Kölner Eisenbahn- zone zum Einklinken bereit ist. Poincaré hat, wie verlan, dem rheinischen Oberkommissar Tirard zu sich befohlen. Tirard trifft in Paris ein und dürfte von dem Ministerpräsidenten persönlich Instruktionen auf den Weg bringen.

London. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt, er habe Grund zu der Annahme, daß die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Jaspars in der Hauptsache mit der Orientierung der bel- gischen Politik zusammenhänge. Es scheint, daß Macdonald die belgischen Berichte Belgens als eine Grund- lage zu Erörterungen und zu einer Vereinbarung ansehe. In Brüssel gehe das Gerücht, daß Wasingham, der des Vertrauens Macdonalds genieße, vor einigen Tagen nach Brüssel gegangen sei und dort Unterredungen mit ver- schiedenen Sozialisten einleitend über das Vändereffektiv habe, denen er die Ansichten Macdonalds ausem- ander- setzte. Wie verlan, habe Vändereffektiv Wasingham auch zum Premierminister Thomas mitgenommen. Wasingham soll sich 24 Stunden in Paris aufgehalten haben, bevor er nach Brüssel ging.

## Wirtschaftsstrips und Sozialpolitik.

Eine Ansprache des Reichsarbeitsministers. (Eisen.) Im Vereinshaus zu Hagen in Westfalen sprach vor einer von mehr als 300 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema: Wirts- schaftsstrips und Sozialpolitik. Auch durch eine allgemeine Wirtschaftsstrips dürfe das Prinzip der Sozialpolitik selbst unter grundsätzlicher Notwendigkeit nicht angefaßt werden. In der Frage der Sozialversicherung sei die Beitragspflicht angefaßt, die Veranlassung der Organisation und die Ver- stärkung der Leistungen auf das notwendige Maß erfolgt mit dem Erfolge, daß heute das Versicherungswesen als ge- retzt betrachtet werden könne.

Weniger bezeichnend sei die gegenwärtige Lage und die Aussichten für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beizäh- signung und der Erwerbslosenfürsorge. Nachdem die recht- zeitige Einführung der Erwerbslosenversicherung gescheitert sei, sei durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Erlos- achaffen worden. An dem Grundbaue der Vliktarbeit

müsse festgehalten werden, schon um Notstandsarbeiten vor- nehmen zu können. Sobald die Finanzen es erlauben, sol- len die Unterfertigungsarbeiten herangeführt werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Der Minister versprach, nach Kräften auf eine Steigerung des Reallohn- nenns hinzuwirken durch eine weitere Senkung der Preise. Bei größerer Bewegungsfreiheit müße die Wirtschaft wieder zu den früheren Grundlinien zurückkehren: starke Infla- tion, große Umsätze, kleiner Nutzen. Das seien auch die wirt- schaftlichen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Auf dem Gebiete der Volkshilfsfürsorge habe sich das Reichsarbeitsministerium befreit, die Selbsthilfe zu för- dern.

Zur Arbeitsfrage wies der Minister darauf hin, daß die Gewerkschaften und die politischen Parteien dem Grundbaue der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der Arbeitszeitver- längerung zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krise habe annehmend einen entscheidenden Schritt unvermeidlich ge- macht. Die Verordnung vom 21. Dezember entspreche ge- wiss nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie sei aber auch nur als Notverordnung gedacht. Das Hauptgewicht bleibe bei der Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeiterpar- teien im Tarifvertrage überlassen. Zur Währungsfrage bemerkte der Minister, die Preissteigerungen könnten zwar noch nicht wieder erreicht werden, eine Besserung sei aber zu erwarten, sobald das Wirtschaftsgeschehen wieder in Gang komme. Das Schlichtungswesen solle Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zu verständnisvoller Zusammenarbeit bringen.

Der Minister erklärte, man werde einen gewissen sozia- len Schutz der Mieter und Pächter beibehalten, aber auch schrittweise den Miet- und Pachtzins den Preissteigerungen an- gleichen. Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der tiefe Punkt der Wirtschaftslage überwunden sei, wenn es zu einer Entzerrung der ansempelnden Probleme komme. Im Interesse aller Völker und Stände sei ein sol- ches Ergebnis der nunmehr beginnenden Unterfertigungen und Verhandlungen zu wünschen.

Die Verfügungen des Ministers fanden grundsätz- liche Anerkennung. In der anschließenden Rede zum Ver- trauen der Reichsregierung über die Wirtschaftspolitik im Reichsrat. Der Vetter der Reichsregierung und Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stegerwald lobte das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß zu einer pessimistischen Stimmung keine Veranlassung vorliegt. Er betonte, daß sozialistische Angriffe und Verdächtigungen das in dreijähriger neuer Verbundenheit geschaffene Ver- trauen zum Reichsarbeitsminister in seiner Weise erschüt- tert hätten.

## Verbot der Streikabstimmung der Eisenbahner.

(Berlin.) Der Verkehrsminister hat durch Verfü- gung vom Sonntag die Veranstaltung von Urabstimmungen über den vom deutschen Eisenbahnerverband empfohlenen Eisenbahnerstreik in den Verhältnissen der Reichseisenbahnen verboten. Die Eisenbahndirektoren sind angewiesen, Be- amte und Arbeiter vor einer Beteiligung an den Streik- abstimmungen zu warnen, die bei der Finanzierung des Reichs- hets nur mit Denkmalschuldung abgedeckt werden könnte.

Das Dresdener sozialdemokratische Organ teilt mit, daß die vom Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ein- geleitete Urabstimmung über die Veranlassung des Reichs- eisenbahnerstreiks über die Arbeitszeitfrage durch das Reichs- eisenbahnerverbot verboten worden sei. Während der Wahl am Sonntag hätten die Parteimitglieder im Auftrage des Reichseisenbahnerverbandes die Durchführung der Wahl ver- hindert, die Wahlurnen und dergleichen beschlagnahmt und auch einige Sicherungen vorgenommen. Die freien gewerkschaftlichen Verbände würden durch ihre Eigenorganisa- tionen an zuständiger Stelle die notwendigen Schritte gegen diesen militärischen Eingriff unternehmen.

(Augsburg.) Der Generalkonferenzkommissar hat die Vornahme der Urabstimmung unter den Eisenbahnern für Bayern verboten. In Augsburg wurden die Wohnungen der Mitglieder des Betriebsrates und die Büros durchsucht und das vorgefundene Material für die Urabstimmung beschlagnahmt. Die Funktionäre des Eisenbahnerverbandes wurden im Abnahmungslokal in Haft genommen.

## Der Beamtenabbau.

(Berlin.) Entgegen Pressemeldungen, die behaup- teten, daß im Reichsfinanzministerium eine Erhöhung des Sat- zes der abzunehmenden Beamten auf 25 Prozent geplant sei, verlanet von unrichtiger Seite, daß an diesen Reduzierungen kein wahres Wort ist. Ebenso wird bestritten, daß bei dem Abbau eine partielle Auswahl auf Grund der politischen Einstellung der Beamten erfolge. Das Endziel des Abbaues ist und bleibt die Verminderung der Beamtenzahl um 25 Prozent.

Im Reichseisenbahnbetrieb sind zum 1. März weiteren 8200 Beamten und 11 000 Arbeitern gekündigt worden.

## 10 Prozent Hypothekenaufwertung.

(Berlin.) Die verlanet, in zwischen dem Reichsfinanz- ministerium und dem Reichsjustizministerium eine Verein- barung getroffen worden, wonach im Rahmen der dritten Steuernotverordnung die Hypothekenaufwertung generell auf 10 Prozent des Marktwertes begrenzt wird. Nur in Ausnahmefällen kann durch Verichtsentscheidung darüber hinaus bis zu 25 Prozent angegangen werden. Das Reichssta- bilität wird heute über diese Vereinbarung Beschluß fassen. Ob für die Aufwertung der Obligationen derselben Höhe gelten wie für Hypotheken, steht noch nicht fest.